

BUNDESGERICHTSHOF

IX ZB 79/82

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Adm S [REDACTED],

North V [REDACTED], B [REDACTED] I [REDACTED] M [REDACTED],

- Prozeßbevollmächtigter: Klägerin und Beschwerdeführerin,
Rechtsanwalt [REDACTED], [REDACTED] -

gegen

Land Rheinland-Pfalz,
vertreten durch das Ministerium der Finanzen,
König-Friedrich-Strasse 6, Mainz,

Beklagten und Beschwerdegegner

Der Berufungsrichter verneint vortorgende Gesundheitsschadensansprüche als die zuerkannten, weil er - sachverstandig berufen - die durch das verfolgungsbedingte Handeln bewirkte Minderung der Erwerbsfähigkeit auf 20 v.H. seit 1. Juli 1957 rechnet und vom Vorliegen anderer Verfolgungsgeliden nicht überzeugt ist. Diese Entscheidung ist im wesentlichen mit Erwägungen begründet, die der Instanzen erster Instanz (§§ 206, 207 ZPO). Ein gesetzlicher Grund für die Zulassung der Revision (§ 219 Abs. 2 ZPO) ergibt sich daraus nicht.

Einen solchen folgt auch die Beschwerde nicht auf. Daß der Berufungsrichter bei der Feststellung des Erwerbsminderungsgrades auf die Leistungsfähigkeit der Klägerin im allgemeinen Erwerbsleben abgestellt und dem ausgeübten Beruf als Hinweis nicht berücksichtigt hat, entspricht dem Gesetz (§ 33 Abs. 1 Satz 1 BGG; vgl. BGR RW 1966, 187; 1975, 171.). Die Voraus-

107

- 3 -

setzungen des § 33 Abs. 1 Satz 2 BEG für eine günstigere Bemessung der Erwerbsbeeinträchtigung (vgl. BGR RzW 1967, 462) liegen hier nicht vor. Die Angriffe gegen das Verfahren im Berufungsrechtstag rechtfertigen die Zulassung nicht (vgl. BGR RzW 1967, 281 Nr. 31; 431; BGRZ 81, 93).

Mal

Henkel

